

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Messe: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Ausgabeabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2508-2507

Ein Justizminister gefunden!

Aber der Finanzminister noch nicht.

Wie die **TL.** von amtlicher Seite erfährt, sind die Verhandlungen über die Besetzung des Justizministeriums beendet. Das Justizministerium wird von Oberlandesgerichtspräsident **Frenten**, der dem Zentrum nahesteht, übernommen.

Die Verhandlungen des Reichstanzlers zur Besetzung der noch freien Ministerien nehmen ihren Fortgang. Nachdem die Kandidatur des Königsberger Oberbürgermeister **Lohmeyer** für das Finanzministerium als erledigt gelten kann, wird neuerdings der Name des Grafen v. **Röbern** genannt.

Luther gibt gute Worte.

Er verspricht alles und noch etwas.

Reichstanzler **Dr. Luther** stellte sich heute mittag den Vertretern der Berliner Presse und der Presse im Reich vor und erklärte dabei zunächst, daß die Verzögerung der Regierungserklärung wirklich keine andere Ursache gehabt habe, als daß einige Ministerposten, darunter ganz wichtige, noch nicht besetzt waren. Alle Meinungen über Meinungsverschiedenheiten im Kabinett seien durch Freitag 6 Uhr fertig geworden, wenn man sich nicht um 2 Uhr entschlossen hätte, sie zu verschieben, weil noch einige Ministerposten unbesetzt waren. Inzwischen habe sich der dem Zentrum nahestehende Oberlandesgerichtspräsident **A. D. Frenten** in Köln zur Übernahme des Reichsjustizministeriums bereit erklärt.

Die Ursache der langen Dauer der Regierungskrise könne nicht in Verbindung gebracht werden mit irgendwelchen verantwortlichen Personen. Wenn sein hochverdienender Vorgänger **Dr. Marx** trotz aller Bemühungen nicht zum Ziel kam, so habe das an den Gegensätzlichkeiten und der Parteilichkeit im Reichstag gelegen, die den Zuständen im deutschen Volk entsprechen. Im Dienste unseres Volkes müßten wir dafür sorgen, daß über alle Verschiedenheit der Anschauungen hinweg die einigenden Gesichtspunkte in immer stärkerer Nähe zur Geltung kommen. Das wolle er, **Dr. Luther**, auch stets tun. Während ein politischer Parteiführer vielleicht auch eine Ministerkrisis bilden könne, stehe er als Beamter auf dem Standpunkt, daß die Regierung eine Mehrheit im Reichstag haben müsse, daß sie sich aber darüber hinaus womöglich auf den ganzen Reichstag stützen müsse. Es sei ihm bekannt, daß Mehrheit und Opposition im Parlament bestehen müßten, daß sie aber auch bei den verschiedenen Gegenständen wechseln könnten. Er werde immer bestrebt sein, auch die nicht zur Mehrheit gehörigen Parteien für sachliche Arbeit am Staatswohl zu gewinnen. Der Reichstanzler schloß mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die Arbeit des zurückgetretenen Vizepräsidenten **Dr. Spieler** und stellte dessen Nachfolger **Kiep** vor, der nicht von Haus Preussisch-

mann sei, der sich aber alle Mühe geben werde, mit der Presse vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Auch Herr **Kiep** gehöre einer politischen Partei nicht an und werde seine Arbeit in demselben überparteilichen Sinn durchführen, der die Politik des Reichstanzlers leite.

Frankreich und Luther.

Köln, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Pariser Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung“ droht seinem Blatte über die Aufnahme des Kabinetts Luther in Paris das folgende:

„Die Aufnahme, die das Kabinett Luther in Paris findet, läßt die großen Schwierigkeiten ahnen, die die neue deutsche Regierung in der Außenpolitik finden wird. Man muß sich darüber im klaren sein, daß auch in den Kreisen der französischen Linken, die an dem Versagen Herriots in der Kölner Frage Kritik übt, dieser Fehler nicht als ein Verfall, sondern als eine formale Unterlassung betrachtet wird. Herriot hätte, wie Professor **Bosch** zu der Frage in der „Ere Nouvelle“ ausführte, mit der deutschen Regierung Fühlung nehmen müssen, bevor er es zu dem bestimmten Beschluß der Botschafferkonferenz kommen ließ. Man kann sich der Befürchtung nicht verschließen, daß diese Argumentation von ihrer Durchschlagkraft verliert, nachdem der Verhandlungspartner auf deutscher Seite sein Gesicht geändert hat. Das bedeutet auf alle Fälle eine Schwächung der deutschen Position gegenüber Frankreich, die um so bedauerlicher ist, als die Deutschen in Paris sich bekanntlich in einem gewissen Zustande der Unsicherheit befinden.“

Weitere englische Stimmen.

London, 17. Januar. (W.B.) „Daily Telegraph“ widmet heute dem Kabinett Luther einen Leitartikel, in dem es heißt, alle Politiker des neuen Kabinetts hätten vorläufig auf Feindseligkeiten gegen die Republik verzichtet. Das Zentrum habe gesagt, daß es keine Kundgebungen reaktionären Geistes zulassen werde. Trotzdem sei dieser Geist vorhanden und werde sich möglicherweise in der deutschen Außenpolitik fühlbar machen, obgleich die getreue Fortführung derselben zu einer Bedingung gemacht worden sei und die ordnungsmäßige Fortführung des Dawes-Planes von einer großen Mehrheit des Reichstages begünstigt werde. Es sei, wie es wolle — niemand könne ein derartiges Kabinett für etwas anderes als ein Notbehelf ansehen, das kurz und ruhelos sein werde. Ansehen werde es lange dauern, bis ein geregelter Zustand in der Regierung Deutschlands erzielt werden könne. „Daily Mail“ bringt ein Telegramm ihres Berliner Berichterstatters, in dem es heißt, den Alliierten werde jetzt von Deutschland selbst gezeigt, daß sie an der Nase herumgeführt worden seien.

nationalen in allen ihren Blättern die Regierung **Marx-Stresemann** energisch auf, auf Grund dieser Veröffentlichungen eine diplomatische Aktion gegen den Artikel 231 des Friedensvertrags zu unternehmen.

Werden die Deutschnationalen jetzt, wo sie Teilhaber der Regierung **Luther-Stresemann-Schiele** sind, ebenfalls eine solche Aktion verlangen?

Wird die unter deutschnationaler Mitwirkung entstehende **Lutherische Regierungserklärung** jene große diplomatische Aktion gegen die Kriegsschuldfrage feierlich und formell ankündigen, die sie seit Monaten als das wichtigste nationale Gebot fordern?

Oder war ihr Kriegsschuldsummel nur demagogisches Oppositionstheater?

Wahlrechtsdebatte in Rom.

Orlando gegen den Regierungsterror.

Rom, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Kammer Sitzung wurde um 3 Uhr eröffnet. **Salandra** fehlte infolge eines Grippe-Anfalls, dagegen war **Giolitti** anwesend. Zunächst machte **Manaresi** aufmerksam auf den katastrophalen Sturz der **Lira** am Donnerstag, woran nicht nur ausländische, sondern auch italienische Währungsstellen schuld seien. Der extreme **Faschist Farinacci** rief dazwischen: „Loepfl muß festgesetzt werden!“ (Loepfl ist der Generaldirektor der Banca Commerciale, der wichtigste Großfinanzier Italiens.) Dann nahm **Orlando** das Wort zur Begründung des Antrags der Opposition, daß die Neuwahl des Parlaments aus politischen und prinzipiellen Gründen unmöglich sei. Er wandte sich gegen das reaktionäre, längst veraltete Pluralwahlrecht wegen der Umständlichkeit bei der Kandidatenaufstellung und befürwortete die Stichwahl. Er ging dann auf die Lage des Landes ein, die niemals seit dem Machtantritt **Mussolinis** verworrener gewesen sei, und stellte die Rede **Mussolinis** vom 22. November dessen Rede vom 3. Januar gegenüber. Jene sei eine normale Rede gewesen, diejenige zu Beginn dieses Jahres ein Wutanfall eine Keulung der Berärgerung. Unmöglich sei der ganze jetzige Rechtszustand, so die Anebelung der Presse und der öffentlichen Meinung durch ein verfassungswidriges Dekret. Immerhin hoffe er, daß die Schäden wieder gutgemacht werden könnten. Zunächst müsse Freiheit herrschen, die das politische und bürgerliche Recht des italienischen Volkes sei. Der Rede folgte harter Beifall.

Giolitti erklärte, noch niemals sei ein Parlament zusammenberufen worden, um unter solch außergewöhnlichen Umständen ein Wahlgesetz zu beraten. Er werde dagegen stimmen. Mit 307 gegen 33 Stimmen wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und das Wahlgesetz angenommen.

Ministerwechsel in Washington.

(Von unserem Korrespondenten.)

New York, Mitte Januar.

Der Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs des Neuherrn **Mr. Hughes** und seiner Ersetzung durch **Mr. Kellogg**, den amerikanischen Botschafter in London, ist das wichtigste innenpolitische Ereignis der Vereinigten Staaten, das seit langem zu verzeichnen war. Es ist darüber hinaus ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung.

Offiziell zieht sich **Hughes** zurück, weil er aus materiellen Gründen, nach zwanzig Jahren im Dienste des Staates, seinen Beruf als Rechtsanwalt wieder aufzunehmen wünscht, in dem er sich vor seiner Ernennung zum Gouverneur des Staates **New York** ausgezeichnet hatte. Da der Posten eines amerikanischen Staatssekretärs nicht besonders glänzend bezahlt wird, ist diese Angabe an sich glaubwürdig, zumal die Vereinigten Staaten durch die ungenügende Bezahlung ihrer Staatssekretäre schon eine Reihe von Staatsmännern in ihr Privatleben und ihren Beruf zurückgedrängt haben.

Unoffiziell aber ist sehr wohl bekannt, daß die Hauptursache seines Rücktritts auf Differenzen in den Fragen der Außenpolitik, insbesondere aber darauf zurückzuführen ist, daß **Hughes** Freunde planen, ihn für die nächste Präsidentschaftswahl 1928 zu präparieren. Man erinnere sich nur daran, daß **Hughes** seinerzeit in der schwersten Präsidentschaftswahl der amerikanischen Geschichte **Woodrow Wilson** gegenüberstand und der von **Wilson** abgegebenen Stimmenzahl so nahe zu kommen schien, daß die Nachricht von seiner und nicht **Wilson's** Wahl in Europa verbreitet werden konnte. Der völlig unerwartete Erfolg der Demokraten in den westlichen Staaten der Union hat das Bild des Wahlergebnisses dann allerdings geändert.

Hughes hat in seiner vierjährigen Tätigkeit als Staatssekretär des Neuherrn — eine Stellung, die über die Stellung eines kontinentalen Außenministers weit hinausgeht und schon nahe an die Position als Ministerpräsident herankommt — auch international eine so bedeutende Rolle gespielt wie wenige amerikanische Außenminister vor ihm. In das erste Jahr seiner Amtstätigkeit fällt die Einberufung und Durchführung der **Washingtoner Konferenz**. Diese Konferenz ist deshalb von weltgeschichtlicher Bedeutung, weil sie zum ersten Male in der Weltgeschichte eine freiwillige Einschränkung der Schlachtflotte auf der Basis freiwilliger Vereinbarung mit sich brachte. Die **Washingtoner Konvention** ist ein entscheidender Schritt zum Frieden im Pazifik, sie hat die Rivalitäten der interessierten Mächte gegenüber **China** verringert.

Außer dieser bedeutamen Konferenz, die schon eine politische Leistung hohen Grades darstellt, wird aber **Hughes** Name — vielleicht sogar mit noch größerer Berechtigung — im Zusammenhang mit seiner europäischen Politik in die Weltgeschichte eingehen. Man erinnere sich an das ungeheure Aufsehen, das im Jahre 1921 seine Rede in **Whitehaven** erregte, in der er die tatkräftige und unparteiische Hilfe Amerikas in der Reparationsfrage versprach, und damit jene Politik der amerikanischen Beratung und halbamtlichen Beteiligung an der europäischen Politik ermöglichte, ohne die weder der **Dawes-Bericht** hätte zustandekommen, noch die **Londoner Konferenz** hätte einberufen werden können. Diese Rolle bei der vorläufigen Regelung der Reparationsfrage darf ihm insbesondere in Deutschland nicht vergessen werden.

Auf die Passivseite seiner Tätigkeit wird man vom kontinentalen Standpunkt aus, außer seiner dem **Völkerbund** abgeneigten Politik, seine Außenpolitik haken müssen, die doktrinar, nicht politisch, auch die Zusammenarbeit der kontinentalen Staaten mit **Rußland**, insbesondere aber das Verhältnis der Konservativen Englands zu **Sowjetrußland** — unter weltpolitischem Gesichtswinkel gesehen — ungünstig beeinflusst hat.

Was **Hughes'** Ersetzung durch **Kellogg** für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bedeutet, kann heute noch nicht gesagt werden. Allgemein besteht die Auffassung, daß **Kellogg**, der ein außerordentlich erfolgreichere amerikanischer Botschafter in London war, in noch höherem Maße, als dies bei **Hughes** der Fall war, für eine aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten an der europäischen Politik eintreten werde. Er hat dieser Auffassung verschiedene Male Ausdruck verliehen und ist außerdem durch seinen langjährigen Aufenthalt in Europa mit den Sorgen und Schwierigkeiten des Kontinents mehr vertraut als irgendein amerikanischer Staatsmann. Bei der völligen Ahnungslosigkeit, die die meisten amerikanischen Staatsmänner den europäischen Problemen gegenüber auszeichnet, ist der jahrelange Einblick in die europäischen Probleme schon ein Schritt zur Mitverantwortung, zur Mitbeteiligung.

Am **Völkerbund** hat **Kellogg** immer das allergrößte Interesse gehabt, und obwohl er nicht als ein ausgesprochener Vertreter des Gedankens eines Eintritts Amerikas in den **Völkerbund** gelten kann, so ist doch bekannt, daß er den größten Wert darauf legen wird, den internationalen Schiedsgerichtshof mehr als das bisher der Fall war, ins Zentrum der Regelung internationaler Streitigkeiten zu rücken, und daß er die Ansicht vertritt, Amerika habe am Werk des internationalen Schiedsgerichtshofes einen aktiveren Anteil als bisher zu nehmen. Könnte in Deutschland bei der Ueberlegung „Eintritt in den **Völkerbund** oder nicht?“, solange **Hughes** or-

Die „große“ Zolltarifreform.

Anhörung des Reichswirtschaftsrats.

Die beabsichtigte Umgestaltung des Zolltarifs wird wahrscheinlich noch den gegenwärtigen Reichstag zu beschäftigen haben. Die Regierung **Marx** hatte bekanntlich eine vom letzten Reichstag unerledigte Zollvorlage eingebracht, die eine Reihe von Veränderungen der Zollsätze, insbesondere die Einführung von Lebensmittelzöllen und eine weitgehende Ermächtigung der Reichsregierung zur selbständigen Gestaltung der Zölle enthielt. Diese Vorlage, die sogenannte kleine Zollvorlage, war nur für eine Uebergangsregelung gedacht und ist durch die Auflösung des Reichstags hinfällig geworden. Man beabsichtigt darüber hinaus das deutsche Zollsystem noch weitergehend zu ändern, indem man die Gruppierung der Waren im Zolltarif, das sogenannte Tariffschema umgestaltet und dabei die neuen endgültigen Zollsätze festsetzt. Die behördlichen Vorarbeiten für die große Zolltarifrevision sind nun soweit fortgeschritten, daß nunmehr der Reichswirtschaftsrat gutachtlich gehört werden kann. Es ist in Aussicht genommen, denselben Ausschuss mit diesen Arbeiten zu betrauen, der bereits sein Gutachten für die sogenannte kleine Zolltarifnovelle abgegeben hat. Diesem Ausschuss wird das neue Schema, aber noch ohne Zollsätze, abschrittweise zur Begutachtung vorgelegt werden, und es ist in Aussicht genommen, gleichzeitig die vorgelegten Schemaabschnitte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Schemaabschnitte sind lediglich als Grundlagen für die Beratungen anzusehen und können demgemäß gelegentlich der Erörterungen über die einzusetzenden Zollsätze noch geändert werden. Dem genannten Ausschuss des Reichswirtschaftsrats sind zunächst die Abschnitte 18, 43, 44 und 45 (Erden und Steine, Steinwaren, Tonwaren, Glas und Glaswaren) vorgelegt worden.

Georges Louis' Memoiren.

Weitere Anklagen gegen Poincaré.

Die neue Nummer der Pariser Zeitschrift „Europe“ bringt aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des ehemaligen Botschafters in Petersburg, **Georges Louis**, neue Enthüllungen über **Poincarés** Schuld am Kriege. Dasselbe handelt es sich um die Uebergabe von Unterredungen mit **Paul Deschanel** im Jahre 1915 dem späteren Präsidenten der Republik, der inzwischen ebenfalls verstorben ist. Daraus geht erneut hervor, daß die führenden französischen Kreise über die zum Krieg treibende Aktion **Poincarés** in Petersburg durchaus einer Meinung waren.

Die ersten Enthüllungen **Louis'** über **Poincaré** erschienen während des jüngsten Wahlkampfes. Damals forderten die Deutsch-

Neue Krise der Pariser Verhandlungen.

Wieder vor dem Abbruch?

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stehen erneut vor der Möglichkeit eines Abbruchs. Die Ausprüche, die am Freitag über den von der französischen Delegation vorgelegten Vertragsentwurf und die dazu von deutscher Seite gemachten Gegenanträge statthaltend hat, hat zu keinerlei Annäherung geführt. Die Gegenstände stehen sich nach wie vor unüberbrückt gegenüber. Diesmal ist es jedoch ganz unzweifelhaft, daß die französische Delegation die Schuld an der neuen Situation trägt. Sie hat in ihrem neuen Vorschlag vom 10. Januar nicht nur die im Oktober bei Beginn der Verhandlungen vereinbarte grundsätzliche Grundlage verlassen, sondern darüber hinaus sich ausdrücklich das Recht vorbehalten, in der juristischen Behandlung des größten Teiles der deutschen Einfuhr nach Frankreich eine unterfachliche Behandlung gegenüber der Einfuhr anderer Länder einzutreten zu lassen. Der französische Entwurf stellt ein Provisorium dar, das die vertragliche Regelung auf eine sehr kleine Anzahl der für die Ausfuhr beider Länder in Frage kommenden Artikel beschränkt. Für alle übrigen Artikel lehnt Frankreich nicht nur jede tarifliche Bindung ab, sondern erklärt von vornherein, daß es sie höheren Sätzen unterwerfen müsse, als die Einfuhr anderer Länder, mit denen es in den letzten Monaten Verträge abgeschlossen hat.

Von deutscher Seite ist dies kategorisch abgelehnt worden. Andererseits ist man den unstreitigen Schwierigkeiten, in denen sich Frankreich infolge der Starrheit und Unbeweglichkeit seiner Zollgesetzgebung befindet, soweit entgegengekommen, daß man die ursprüngliche Absicht auf Eindämmung der geltenden Mindesttarife für die gesamte deutsche Einfuhr fallen gelassen hat. Trotzdem hat die französische Delegation die deutschen Gegenanträge, die ebenfalls nur eine kurzfristige Bindung auf die Höchstzölle des laufenden Jahres vorsehen, in Kauf und Bogen abgelehnt. Auch über die Frage der Vergünstigung für Essig-Bohringen ist es am Freitag zu neuen Schwierigkeiten gekommen. Deutschland hätte sich bereit erklärt, der Besonderheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in Essig-Bohringen durch Ermäßigung von Sonderzöllen Rechnung zu tragen, jedoch mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß nicht andere Länder auf Grund der Meistbegünstigung gleiche Rechte für sich in Anspruch nehmen. Auch diese Einschränkung ist von Frankreich abgelehnt worden. Staatssekretär Trendelenburg hat erklärt, daß er zu der damit geschaffenen neuen Lage erst nach Rücksprache mit der deutschen Regierung Stellung nehmen könne. Die Verhandlungen werden demnach kaum vor drei bis vier Tagen, in denen sich Trendelenburg nach Berlin begibt, wieder aufgenommen werden können. Die Aussichten auf eine Einigung sind erneut auf ein Minimum herabgesunken.

Ein Presseprozeß in Dresden.

Nachspiel zum Fall Zeigner.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Vor dem Landgericht Dresden wurde am Donnerstag als Berufungsinstanz die Privatklage des Genossen Gröblich von der „Dresdener Volkszeitung“ gegen den Dresdener Vertreter der Telegraphenunion Pflücker verhandelt. Am November 1923 hatte die „Dresdener Volkszeitung“ die damals zuerst gegen Zeigner auslaufenden Beschuldigungen zurückgewiesen und wegen der noch allgemein bestehenden Unklarheit eine Stellungnahme abgelehnt. Demgegenüber hatte der Beklagte in seiner Korrespondenz behauptet, die Beschuldigungen gegen Zeigner seien der Redaktion völlig bekannt gewesen, und den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit erhoben. Wegen Beleidigung war er zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt worden.

In der jetzigen Verhandlung wurde als wesentlicher Umstand festgestellt, daß ein Mitglied der Redaktion der „Dresdener Volkszeitung“ in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter längere Zeit vor dem Sturze Zeigners von einem bürgerlichen Journalisten auf die Beziehungen zwischen Zeigner und einem anderen bürgerlichen Journalisten aufmerksam gemacht worden war. Dieser Vertrauensmann Zeigners ist noch seinen eigenen eideschwören Bekundungen längere Zeit von Zeigner über viele vertrauliche Dinge, die sich in der Sozialdemokratischen Partei und im jüdischen Kabinett abgespielt haben, unterrichtet worden. Die Information hat er auch verwendet. Das führte zur Entziehung der Pressekarte zum Landtag. Der Vertrauensbruch Zeigners und die anderen gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sind aber erst zur Kenntnis der Redaktion der „Volkszeitung“ gelangt, als der Fall Zeigner allgemein im Rollen war. Da diese Tatsache nachgewiesen ist, hat das Gericht die Berufung verworfen und es bei der Verurteilung zu 30 M. belassen.

Blutjustiz in Estland und Litauen.

Royal, 17. Januar. (OE.) Die estnische Polizei hat einen der bolschewistischen Kommissare festgenommen, die bei der roten Invasion in Estland, die zu Ende des Weltkrieges erfolgte, eine verhängnisvolle Rolle spielten. Es ist ein Russe namens Schtschegelow, der damals mehrere estnische Bauern ermordet hatte. Er wurde jetzt vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Kowno, 17. Januar. (OE.) Wegen Propaganda in der litauischen Armee sind vier Kommunisten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Die vorstehenden Nachrichten aus Estland und Litauen zeigen, wach einen Grad von Erbitterung der Kampf angenommen hat, der von den Regierungen der östlichen Randstaaten gegen die Kommunisten geführt wird. Todesurteile wegen angeblicher Mordtaten, die im Jahre 1918 begangen wurden! Todesurteile wegen Propaganda in der Armee! Und den Todesurteilen folgen die Hinrichtungen auf dem Fuße. Die Henker haben alle Hände voll zu tun. Diese Methoden, die die Panik der Behörden in den Randstaaten kennzeichnen, sind weder geeignet, die „bolschewistische Gefahr“ im Innern dieser Länder abzuwehren, noch die Sympathien der westeuropäischen Länder für den Abwehrkampf der Randstaaten gegen Moskauer Expansionsgelüste zu fördern. Sie werden vielmehr in steigendem Maße die Empörung aller Kulturvölker gegen die Blutjustiz, die den Kommunisten gegenüber angewendet wird. Mit derselben Schärfe, mit der wir uns gegen die Hinrichtungen in Georgien, wie gegen das blutige Treiben der russischen Tscheka gewandt haben, protestieren wir jetzt, im Namen der Menschlichkeit und der politischen Vernunft, gegen die Blutjustiz, die in Litauen und Estland geübt wird.

Die Reichsbahn gibt als amtliches Organ das Blatt „Die Reichsbahn“ heraus. Es erscheint wöchentlich einmal und kann vom 1. Februar an durch die Post zum Preise von 1,20 M. monatlich bezogen werden.

Auktion.

Die moderne Kunst ist aus den Kurfürstendammräumen der Sezejjion geflüchtet. Tausend Gegenstände füllen sie statt dessen, die zu einem großen, eleganten Haushalt gehören. Alte Schränke, herrliche Teppiche, kostbare Porzellane, prachtvolles Silber sowie Gemälde und Bronzen sind da mit nützlicheren Dingen ausgestellt, und am Sonntagvormittag flutet der Menschenstrom der Kurfürstendammzimmer hinein, um einen Augenblick kritisch diesen Gutshaushalt zu prüfen, der, wie zu lesen ist, freiwillig versteigert werden soll. Die teuren Sachen machen einen traurigen Eindruck; der letzte Hauch von Antiquität verweht hier. Wenn sie erzählen könnten! Der Märchenmacher Andersen hätte hier reichlich Stoff gefunden. Aber die gierigen Augen, die sie plötzlich auf sich ruhen fühlen, wollen nichts von Romantik oder dergleichen wissen. Sie fragen nur nach dem rein materiellen Wert des Objekts. Und dann kommt die Auktion. Herren im Pelz, brillantenbesetzte Damen seihen laut und heftig um jedes Stück; um jede Base wird da ein langer Jährenkampf geführt. Der Auktionar kommandiert lächelnd, sein Helfer schreit sich langsam heiser, und die Damen notieren nervös und zichen die Geldscheine ein. Mancher reißt sich die Hände, und dieser oder jener sieht sogar glücklich aus. „Wo ein Was ist, da sammeln sich die Geier“ — — — Auf dem Lande, irgendwo, sah ich einmal den armen Mann, der eine alte Frau im Garten eines Gutsbesizers stehen sah und handelte um den billigen Erdbel, der die Begräbniskosten aufbringen sollte. Es war ein anderes Bild. Nüchtern und ergreifend. Hier hatte ein armes Leben in Armut geendet, während dort Reste an ein Leben voller Glanz und Genuss erinnerten.

Die Millionenerbschaft aus der Schweiz.

Zwei Hochstaplerinnen.

Vor dem großen Schöffengericht Schöneberg erschienen heute zwei Frauen auf der Anklagebank, die sich wegen zahlreicher Hochstapereien zu verantworten hatten. Mit einer angeblichen Millionenerbschaft aus der Schweiz hat die Gräfin Elise Harbival v. Chamare in Gemeinschaft mit ihrer Freundin, der geschiedenen Ehefrau Maria Prager, die wieder ihren Mädchennamen angenommen hat, umfangreiche Schwindelereien gemacht.

Die erste Angeklagte ist als uneheliches Kind unter dem Namen Elise S. in Beeslow geboren und Schwindelstrolcherin. Zu dem Bräutigam ist sie auch mit Hilfe ihres Schwindeltalents gelangt. Sie hatte mit einem verschuldeten Großen Ch. als angebliche Millionenerbin eine Kamensche geschlossen und ihrem Ehemann eine Abfindung in Gestalt eines Wechsels über 100 000 Mark gegeben, der aber niemals eingelöst werden konnte, da sie gar kein Vermögen besaß und die ganze Erbschaft eine Erfindung der beiden Freundinnen war. Zahlreich haben sie ein glänzendes Leben geführt. Sie logierten sich in Pensionen ein und verstanden es, den Pensionsinhabern die Erbschaft so glaubhaft zu machen, daß sie nicht nur Jahr und Tag kostenlos gut leben konnten, sondern noch Geld obendrein bekamen. Eine Pensionsinhaberin hatten sie sogar bewogen, ihre Pension und das ganze Mobiliar zu verkaufen und den Erlös ihnen in Erwartung der Schweizer Millionenerbschaft auszuhandeln. Die beiden Angeklagten fuhren in Privatautos vor den Geschäften vor und ließen Waren in die Pensionen schicken. Mit dem Bräutigam und dem Rindus der Millionenerbschaft gelang der Schwindel in zahllosen Fällen. Die Erbschaftsregulierung sollte ein angeblicher Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Mich in Jülich in der Hand haben. Dieser ist jedoch nicht zu ermitteln gewesen. Die Verhandlung ging unter großen Schwierigkeiten vor sich, da die beiden Angeklagten schwer hysterisch sind. Die Angeklagten sind mehrfach bestraft. Die Verhandlung wird mehrere Tage das Schöffengericht beschäftigen, da ein großer Zeugenapparat aufgezogen ist.

Berliner Geldschrankräuber auf Reisen.

Drei reisende Berliner Geldschrankräuber wurden in Weimar festgenommen. Dem Sonderdezernat der Kriminalpolizei für Geldschrankeinbrüche fiel es seit einiger Zeit auf, daß drei ihm bekannte Spezialisten, ein Johannes Dalkowski, August Freier und Karl Peter, wiederholt von Berlin abwesend waren und daß bald nach ihrer Rückkehr aus größeren Städten der Provinz und des Reiches Geldschrankeinbrüche gemeldet wurden. Zuletzt wurde festgestellt, daß die drei, die zu einer „Beddingkolonne“ gehören und mit Souverettgeschäften arbeiten, wieder einmal auf Umwegen nach Süddeutschland gefahren waren. Ihr eigentliches Ziel aber war Weimar. Die dortige Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und mit Beschreibungen der Spezialisten versehen. Sie ermittelte sie auch in zwei Gasthöfen, wo sie unter falschem Namen wohnten, und beobachtete, daß sie eilig dabei waren, einen Einbruch in ein Konfektionshaus auszuführen und vorzubereiten. Die drei wurden festgenommen und ihre Werkzeuge beschlagnahmt.

Diebische Postbeamte.

Wegen fortgesetzter Unterschlagung von Paketen wurde der 23 Jahre alte Hilfspostkassierer Rudolf Leidereit verhaftet. Leidereit war auf einem Postamt im Zentrum der Stadt angestellt. Solange er in der Paketabfertigung beschäftigt war, überlebte er die Originaladresse mit einer von ihm geschriebenen und landete die Pakete, die meistens Stoffe enthielten, an eine Bekannte. Nach einiger Zeit wurde er von der Paketabfertigung nach dem Kassenschalter versetzt. Hier traf er auf einen Gleichgesinnten, den 28 Jahre alten Oskar Strumpel. Sie unterschlugen nicht nur Gelder aus ihren Kassen, Leidereit stahl vielmehr auch aus den Kassen anderer Kollegen. Diese kamen in den Verdacht der Untreue und mußten den Hehlbeitrag aus ihrer Tasche erlegen. Als einmal eine Körperuntersuchung stattfand, verriet die Ungetreuen das Geld hinter den Rücken der Zentralkasse. Durch Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung lenkte Leidereit den Verdacht auf einen Kollegen. Nach längeren Ermittlungen der Kriminalpostdienstelle gelang es endlich, diesen niederträchtigen Burschen und seinen Kumpan unerschädlich zu machen.

Änderungen im Straßenbahnverkehr.

Am 21. Januar d. J. wird die Rotbrücke bei der Berliner Brücke in Spandau in Betrieb genommen und der Durchgangsverkehr auf der Linie 55 wieder eingerichtet. Es braucht also an der Berliner Brücke nicht mehr umzusteigen zu werden. Gleichzeitig wird die Linie 55 vom Moritzplatz über Oranienstraße, Wiener Straße (Görlitzer Bahnhof), Gröblichstraße bis Bouchestraße in Treptow verlängert. Außerdem tritt auf den Linien 72, 73 und 93 ein neuer Fahrplan in Kraft. Es handelt sich dabei um eine geringfügige Verschiebung der Fahrzeiten. Die Inhaber von Zeitkarten für die Linie 55 sind vom 21. Januar d. J. ab auf der Strecke über den Spandauer Bod, die vorübergehend für die Dauer der Sperrung der Berliner Brücke freigegeben war, nicht mehr fahrberechtigt. Die Karten gelten nur auf dem Wege der Linie 55 über Siemensstadt.

Überfall auf einen Reichsbannermann durch den roten Frontmann. Vorgestern abend gegen 10 1/2 Uhr kam ein Trupp von 30 bis 40 Mann des Frontkämpferbundes Armend die Feuerstraße in Schöneberg entlang. Vor dem Hause Nr. 19 überfielen sie einen mit seiner Schwester gehenden Reichsbannermann und schlugen ihn, nachdem sie ihn aufgefordert hatten, die Ruhe abzunehmen, mit ihren mitgeführten eigenen Faustschlägern sofort zu Boden, so daß er mit schwerer Kopfverletzung liegen blieb und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Vielleicht

gibt dieser Vorfall dem Reichsbanner Veranlassung, diesen Burschen, die gerade in der erwähnten Gegend ihr unsauberes und unsäglich selbes Spiel treiben, einen gehörigen Denkzettel zu geben.

Ueber die christliche Sittenlehre.

„Pflichten gegen den Nächsten wider Verleumdung.“

Man schreibt uns: Es kam mir vor kurzem ein Gesangbuch zu Gesicht, betitelt „Sammlung geistlicher Lieder zur öffentlichen und häuslichen Gottesverehrung. Auf Veranlassung der Herren Stände des Markgrafentums Niederlausitz. Zehnte Auflage. Lübben, F. Driemel u. Sohn. 1866.“ Daraus seien Herrn Pfarrer Koch, seinen Kronzeugen und den deutschnationalen Verleumdern folgende Verse gemeldet, die unter dem Titel stehen: „Ueber die christliche Sittenlehre, Pflichten gegen den Nächsten wider Verleumdung“:

1. Suchst du des Nächsten Ehr und Achtung ihm zu schmälern; sprichst du so oft und gern von seines Nächsten Fehlern; verkleinerst du aus Stolz, aus Mißgunst seinen Ruhm, deckst seine Schwachheit auf; wo bleibt dein Christentum?
2. Wenn du aus Argwohn bloß von ihm nur Böses denkst, und durch ein falsch Gerücht ihm schadest und ihn kränkest, wenn ihn dein Reid, dein Haß, dein Stolz, dein Spott entehrt: bist du dann noch ein Christ und dieses Namens wert?
3. Wer, wann er Lästler hört, und unter Spöttern sitzt, aus scheuer Menschenfurcht nicht anderer Unschuld schühet; wer aus Gefälligkeit selbst ein Verleumder ist, und nichts zum Besten lehrt; bleibt der auch noch ein Christ?
4. O Mensch, bedenke doch; Gott hört an jedem Orte, wo du nur immer bist, ein jedes deiner Worte. Und er, der alles sieht, er sollte dich nicht sehn, wann du dich frech erühnst, die Unschuld selbst zu schmäh'n?
5. Wann du der Frommen lachst, wann du die Tugend schändest, dem Würdigen das Lob, das er verdient, entwendest; Verleumder! sich's nicht Gott, wie ziellos dann du ihn in den Seinen schmähst? Dein Richter hört dir zu.

J. P. Paulmann.

Es wird Frühling!

Die ersten Moskauer sind auf der „Vorwärts“-Redaktion eingetroffen, in einem kleinen Schrebergarten in Eichwalde liegen sie sich's noch gestern 10 Zentimeter unter der Erde wohl sein, doch eine Schaufel wurde ihnen zur Hebamme, denn sie hob sie nämlich ans Tageslicht hervor. Sie gudten sich schon um in ganz Groß-Berlin, es gefällt ihnen aber gar nicht bei der Kälte und dem selbst für einen jungen Käser im Straßenerverkehr hinderlichen Nebel, und nun besorgen sie sich beim Lokaltredakteur und laufen kreuz und quer übers nasse Manuskript. Hoffentlich wirkt er die braunen Wäste nicht gemohnheitsgemäß in den Papierkorb, vor seiner Schere und seinen Beintopf wurden die armen Viecher bereits von der übrigen Redaktion gewornt. Die Moskauer sollen nämlich mit uns einen recht, recht schönen Frühling erleben.

Von einem Wegelagerer überfallen. In der Nacht zu gestern wurde ein Arbeiter Otto Löns auf seinem Heimwege zwischen Charlottenhöhe und Seeburg bei Spandau von einem Wegelagerer überfallen. Der Räuber zwang ihn mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe seiner Barchassa von 28 Mark und ließ dann in der Richtung nach Spandau davon. Der Beraubte kann ihn wegen der Dunkelheit nicht beschreiben.

Der junge Chor. „Der junge Chor“ nennt sich eine Gründung, die aus dem Entschluß junger Arbeiter rührt, mit alten Formen und Unsitzen zu brechen und auf dem Boden wirklicher Gemeinlichkeit den Gehaltswollen einer neuen Generation auf diesem Gebiet erkennbar werden zu lassen. Heute zählt der Chor, der im Sommer 1924 gegründet wurde und Mitglied des D. V. M., schon über 100 Mitglieder, Frauen und Mädchen, die ausschließlich aus den Kreisen der Jugend- und Wandervereinigungen kommen. Dargestellt hat er in der letzten Zeit in der „Vorwärts“-Redaktion, in der „Kultur- und Kampfwille“ des jugendlichen Proletariats zu werden.“ Burschen und Mädchen der arbeitenden Jugend werden aufgefordert, sich dem jungen Chor anzuschließen und zu helfen, „ein Instrument zu werden“, so heißt es in einem Aufruf, „das unseren Feinden, unseren Eltern endlich aus unser Gesicht schießt!“ Uebungsstunden: Jeden Dienstag, 8-10 Uhr, Wula Steinstr. 24. Anschrift: Max Seidelmann, Berlin-Moabit, Neufelderstr. 44 T. Nächste Veranstaltung: Sonntag, den 22. März, nachm. 4-6 Uhr, in der Singelohemia, Rahmentischchen.

Drehschuh der jüdischen Gemeinuden. Anlässlich der am 1. Februar stattfindenden Wahlen zum Preussischen Landesverband der jüdischen Gemeinden veranstaltet die jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation „Sozial-Jon“ Montag, den 19. Januar, 8 Uhr abends, in den Pankäsern, Kaiser-Wilhelm-Strasse (Stadthalle Alexanderplatz) eine öffentliche Kundgebung, mit der Beteiligung des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein, Dr. Oscar Cohn, Alfred Berger u. a.

Jungen gesucht! Verloren, welche Range waren, wie am 18. November, nachm. 4 Uhr, Helldorfer-Strasse, eine Dame von einer Straßenbahn, Linie 35, überfahren wurde, werden um Angabe der Adresse bitten an Bezirksrichteramt Kreuzberg, Poststr. 11.

Der tote Flieger. Nachdem man vor einiger Zeit im Walde von Pierre St. Boast die Überreste eines französischen Flugzeuges, das während des Krieges dort abgeschossen wurde, mit dem Skelett des Führers aufgefunden hatte, sollen, wie das „Journal“ aus Amiens meldet, in derselben Gegend auch die Überreste eines deutschen Flugzeuges mit dem Skelett des Führers verwesten worden sein. Man habe auch die Leiche des deutschen Flugzeugführers gefunden, die nach dem Friedhof von Rancourt übergeführt worden sei.

Lungenpest in Konstantinopel. „Daily Telegraph“ berichtet aus Konstantinopel den Ausbruch einer Lungenpestepidemie, die unter der Bevölkerung und den Behörden große Besorgnis verursacht. Bisher seien fünf Todesfälle berichtet worden. Im mohammedanischen Friedhofsgelände seien in den letzten zwei Tagen neun Personen plötzlich gestorben, wie man fürchtet, wohlweislich ebenfalls infolge dieser Pest, bei der der Tod innerhalb von 36 Stunden nach der Infektion erfolgt.

Strandung eines amerikanischen Unterseebootes. Nach einer Meldung aus New York ist das amerikanische Unterseeboot S. 19 gestrandet. Die Mannschaft konnte mit vieler Mühe gerettet werden. 40 Mann waren der Erstickung nahe, als es der Rettungsmannschaft gelang, in das Schiff einzudringen.

Bau eines neuen Hafens in Helsingör. Die Stadtverordnetenversammlung in Helsingör nahm den Vorschlag des Magistrats zum Bau eines neuen Hafens in Helsingör an, der etwa 10 Millionen Kronen kosten soll.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. April. Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Günther, Schillerstrasse 11, Zusammenkunft der Ordnungsbunde und Arbeitervereine.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, Abendfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Reichsbanner-Schule der Berliner-Rathenau-Schule, Boddinstraße. Anfang 10 1/2 Uhr, Eintritt 50 Pf. Referent: Graf von Helldorf.

Reichsbanner-Vorabend: Montag, Sonntag, Wanderung nach Potsdam, Adlershof. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Görlitz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin E 14, Schillerstr. 27/28, 2. Etage. Geschäftszeit: Sonntag, den 18. Januar, 10 Uhr früh, Ort: Reichsbanner-Schule, Boddinstraße. Ortsgruppe: Berlin, Boddinstraße, 27/28, 2. Etage.

